

Der Briefetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1,20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärtig Portozuschlag.

Anzeigen werden in P.R. Hennmanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Die sechsgealtene Petitzeile kostet 15 Pfennig, die Reflamezeile 30 Pfennig.

# Briefetal-Bote

## Amts-Bezirks-Anzeiger

für Birkenwerder, Hohen-Neuendorf, Borgsdorf, Lehnitz u. Umgegend

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Aufschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Amtliches Publikations-Organ für örtliche Bekanntmachungen und für Vereine  
 Telefon: Amt Birkenwerder Nr. 5

Die Expedition des „Briefetal-Boten“ vermittelt ohne Preis-Aufschlag Anzeigen an alle auswärtigen Zeitungen.

Alleiniges amtliches Publikations-Organ mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder

No. 50. Birkenwerder, Donnerstag, den 29. April 1909 8. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das „Illustrierte Familienblatt“ und eine Beilage.

### Amtliche Bekanntmachungen.

**Bekanntmachung.**  
 Verschiedene Lehrlinge, welche zum Besuch der hiesigen gewerblichen Fortbildungsschule verpflichtet sind, sind noch nicht zur Anmeldung gelangt.  
 Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 15. d. M. erlaube ich nochmals nunmehr **umgehend** alle zum Besuch der Schule verpflichteten gewerblichen Arbeiter, soweit noch nicht geschehen, im Gemeindebüro während der Dienststunden anzumelden. Die Meldung kann auch schriftlich erfolgen.  
 Birkenwerder, den 26. April 1909.  
**Der Schulvorstand der gewerblichen Fortbildungsschule Kühn.**

**Bekanntmachung.**  
 Die Liste derjenigen Personen, welche für das Steuerjahr 1909 mit Einkommen bis zu 900 M. zu fingierten Normalsteuern verpflichtet worden sind, liegt gemäß § 80 des Einkommensteuergesetzes in der Zeit vom 26. April bis 10. Mai öffentlich im Gemeindebüro, Hauptstraße 45, während der Sprechstunden von 8-3 Uhr aus. Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist die Berufung an den Vorstehenden der Veranlagungskommission des Kreises Niederbarnim in Berlin, Sieberstr. 1/2 zu.  
 Ueber die Höhe der zu zahlenden Gemeindesteuer erhalten die Steuerpflichtigen Nachricht durch Steuerzettel.  
 Birkenwerder, den 23. April 1909.  
**Der Gemeindevorsteher. Kühn.**

**Bekanntmachung.**  
 Das Hundesteuer-Kataster für das 1. Rechnungshalbjahr 1909 liegt in der Zeit vom 29. April bis einschließlich 13. Mai dieses Jahres im hiesigen Gemeindebüro, Hauptstraße 45, während der Sprechstunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags für die Beteiligten zur Einsicht aus.  
 Einsprüche gegen die Heranziehung zur Hundesteuer können innerhalb 4 Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Unterzeichneten angebracht werden.  
 Birkenwerder, den 27. April 1909.  
**Der Gemeindevorsteher. Kühn.**

**Bekanntmachung.**  
 Die Herren Mitglieder der **Rechnungskommission** werden zu einer Sitzung am  
**Donnerstag, den 29. d. Mts. abends 8 Uhr,**  
 nach meinem Amtszimmer Hauptstr. 45, ergebenst eingeladen.  
 Birkenwerder, den 28. April 1909.  
**Der Gemeindevorsteher. Kühn.**

**Bekanntmachung.**  
 Die Liste bezüglich derjenigen Personen, welche für das Steuerjahr 1909 mit einem Einkommen von 900 M. und weniger zu fingierten Normalsteuern veranlagt sind, liegt in der Zeit vom 20. April bis 11. Mai d. J. gemäß § 75 des Einkommensteuergesetzes für die Beteiligten im Gemeindevorsteheramt öffentlich aus.  
 Borgsdorf, den 22. April 1909.  
**Der Gemeindevorsteher. Rodewald.**

**Bekanntmachung.**  
 Am **Montag, den 3. Mai 1909,** vormittags 9 Uhr soll in **Havelhausen** beim Gastwirt Herrn **Lübke die Gras- und Weiden-Auktion** in den Chaußeegräben und auf den Wäldungen der Berlin-Strelitzer Provinzialchaußee von Nr. 23,4 bis Nr. 29,8 in einzelnen

Parzellen für die Jahre 1909 bis 1913 oder 1912 inkl. öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden.  
 Die Verpachtungsbedingungen werden im Termine bekannt gemacht.  
 Dranienburg, den 27. April 1909.  
**Der Chaußeeaufseher. Lange.**

**Die Maiseier.**  
 Zu den Mitteln, die mit dazu beitragen sollten, den Begriff des sozialistischen Zukunftsstaates in weite Kreise zu tragen, gehört, nach Meinung der Genossenschaftler, ein Weltfeiertag, der eigens für das Proletariat geschaffen ist und so der gesamten Bourgeoisie einen Begriff von der gewaltigen Macht des Proletariats geben soll. Aus diesen Erwägungen heraus wurde der 1. Mai dazu bestimmt. An ihm sollte dertritt der gesamten Arbeiterbataillone den Erdboden erzittern machen, kein Schlot sollte rauchen, jede Arbeit ruhen. Die Welt sollte erfahren, daß es das internationale Proletariat wirklich in der Gewalt hat, alle Räder stillstehen zu lassen, wenn sein harter Arm es will. Es ist unleugbar, daß dieser Gedanke in der gesamten Arbeiterklasse auf einen fruchtbaren Boden fiel und begeisterte Aufnahme fand. Besonders in Frankreich machte man sich diesen Gedanken völlig zu eigen, aber auch bei uns nahm die Maiseier zeitweilig einen Umfang an, der es scheinen lassen konnte, als ob der Sozialismus unaufhaltsam auf dem Marsche sei. Ja, es kam häufig zu allerlei Zusammenstößen mit den Behörden, da die Feindenden, durch ihren ersten Erfolg berauscht, jeden Widerstand glaubten mit Gewalt brechen zu dürfen.  
 Aber die Freude dauerte nicht lange. Das zuerst überraschte Bürgertum ergriff Gegenmaßnahmen und die Arbeitgeber besonders machten schließlich von ihrem Recht Gebrauch, die am ersten Mai Streikenden entweder gänzlich zu entlassen oder auf einige Zeit auszusperren. Der Glanz des Weltfeiertages war bald verblaßt, und es war schließlich nur eine Kraftprobe zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber übriggeblieben. Es würde zu weit führen, alle Phasen dieses Kampfes hier zu schildern. Erwähnen aber wollen wir nur noch, daß auch die stetig sinkende Konjunktur in der Industrie ihr übriges tat, um die größte Masse der Arbeiter dazu zu veranlassen, die mühsam erlangte Arbeitsgelegenheit nicht durch frivoles Spiel wieder sich zu verlieren. Wie anspruchsvoll jetzt selbst gegen früher die führenden Blätter der Partei geworden sind, das zeigt sowohl ein Artikel des „Vorwärts“, der dahinausläuft, daß man den guten Rat gibt, nur da zu sein, wo es angänglich ist. Allerdings wird um diese einfache Tatsache ein solches Brimborium herumgeblasen, daß der harmlose Genosse wähnen muß, der alte Glanz der Maiseier sei noch vorhanden. Aber dies hindert nicht, daß der Artikel „Kühler zur Maiseier“ eigentlich weiter nichts ist, als eine dringende Warnung vor der Herausforderung neuer Kämpfe mit den Arbeitgebern.  
 Wenn man aus all' diesem einen Sinneswechsel herauslesen könnte, wenn man annehmen dürfte, daß wirklich bessere Einsicht in der Unnützigkeit solchen Vorgehens eingeleitet sei, dann könnte man solche Warnung und Mahnung nur verständlich finden. Aber so hat sie nur taktischen Wert. Sie soll einfach verhindern, daß durch weitere Mißerfolge die sozialdemokratische Partei keine Einbuße an Ansehen und, was wichtiger ist, an Menschennaterial erleidet. Wenn auch nicht in Gestalt einer Maiseier, so wird doch in anderer Form die internationale rote Gesellschaft eine andere Machtprobe erkennen, die die tiefe Kluft zwischen Proletariat und den übrigen Staatsbürgern zeigen soll. Es wäre deshalb verfehlt, wollten wir aus dem Nachlassen der Begeisterung für die Maiseier auf einen ebenso schnellen Niedergang des sozialistischen Gedankens schließen. Das Bürgertum hat darum keinen Grund, die Hände müßig in den Schoß zu legen. Der Sozialismus ist noch immer der alte Feind, der nach wie vor bekämpft werden muß. Der Rückgang der Maiseier darf nur der Ansporn sein, den begonnenen Kampf rücksichtslos fortzusetzen, zeigt doch in diesem Punkt sein Verlauf, daß die bürgerliche Gesellschaft noch die Macht, sozialistischem Uebermuten einen Damm entgegenzustellen, besitzt.  
 H. St.

**Zur Reichsfinanzreform.**  
 Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 27. d. M.:  
 „In der „Konservativen Korrespondenz“ finden sich Besprechungen darüber, daß die Bewegung für die Reichsfinanzreform bedenkliche Formen angenommen habe, und daß der konservativen Partei in Preßorganen und Ver-

sammlungen egoistische und persönliche Motive in bezug auf ihre Haltung gegenüber der Nachlaß- und der Erb-anfallsteuer unterstellt worden seien.  
 Die Korrespondenz legt Verwahrung gegen eine derartige Agitation ein und deutet an, daß sie sich unter Pöbel und Förderung von Organen der Regierung vollziehe.  
 Hierzu bemerken wir:  
 Wenn sich zu Gunsten der Finanzvorschläge der verbündeten Regierungen im Lande während der letzten Monate eine wachsende Bewegung geltend gemacht hat, so kann dies als erfreuliches Zeichen für die steigende Teilnahme an dem Werke der Finanzreform nur begrüßt werden. Die Regierung nimmt das Recht für sich in Anspruch, in der öffentlichen Meinung ihre Vorlagen zu vertreten und die konservative Bevölkerung ebenso wie die liberale in ihrem Sinne aufzuklären. Die Ausübung dieses Rechts hat übrigens bisher auch konservativen Anschauungen entsprochen.  
 So wenig also die Reichsregierung Ursache hat, die in den erwähnten Kundgebungen sich zeigenden patriotischen Absichten abzulehnen, so wenig ist es gerechtfertigt, sie für jeden Zeitungsartikel und jede Versammlungsthebe verantwortlich zu machen. Dabei muß anerkannt werden, daß die Bewegung sich im wesentlichen in einwandfreien Bahnen hält. Insbesondere gilt dies für die vom Reichsfinanzminister empfangenen Abordnungen. Wir nehmen daher nicht an, daß sich die Behörden der „Konservativen Korrespondenz“ gegen diese Kundgebung richten. Sollte sie Neuschreibungen im Auge haben, die auf dem Beamten-tage gefallen sind, so möchten wir betonen, daß diese Versammlung der Reichsregierung durchaus unerwünscht gewesen, daß vor ihrem Besuch sogar ausdrücklich gewarnt worden ist. Ueber die Vorgänge auf diesem Tage sind Feststellungen angeordnet worden, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob Anlaß zu disziplinarischem Vorgehen geboten ist.“

Es ist klar, daß eine derartige offiziöse Auslassung den Raum zu verdeckenden Bruch zwischen der Regierung und der konservativen Partei erweitern muß. Was es mit dieser wachsenden Bewegung zugunsten der Finanzvorschläge auf sich hat, das wissen die Konservativen nur zu gut. Darüber überhaupt noch Worte zu verlieren, würde ganz unnütz sein. Befragt sich doch auch die „Kreuzzeitung“ in ihrer Ausgabe vom 26. d. abends über die mit Hilfe von Regierungsorganen aufgestellten Auflisten, hinter denen geschäftig auf Herabsetzung der Konservativen in der öffentlichen Meinung hingearbeitet wird. Etwas energischer wird die „Deutsche Tagesz.“ in ihrer Abwehr der offiziösen Stimmungsmache. Das Blatt schreibt:  
 „Wenn die Regierung das Recht der „Aufklärung“ über ihre Vorlagen verteidigen zu sollen glaubt, so rennt sie damit offene Türen ein; denn dieses Recht ist ihr von niemandem bestritten worden. Nur zweierlei ist gefordert worden und muß gefordert werden: daß die Regierung mit offenem Visier kämpft und nicht Kundgebungen, die von Regierungsstellen oder deren Affilierten gemacht sind, fälschlich als Neuschreibungen einer spontanen Volksbewegung hingestellt werden; und daß in Kundgebungen, für die offizielle oder offiziöse Stellen die Verantwortung tragen, Gehässigkeiten und Entstellungen unterbleiben. In beiden Beziehungen ist gefehlt worden. Dabei kommt der Empfang der Abordnungen durch den Herrn Reichskanzler nur in ersterer Beziehung in Betracht, in letzterer aber entfernt nicht nur der „Beamten-tage“, dessen nichtoffiziöser Charakter übrigens kaum irgendwo verkannt worden sein dürfte. Wenn die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ der „Bewegung“ im ganzen testiert, daß sie sich „in einwandfreien Bahnen“ gehalten habe, so wird dieses Zeugnis vielfach ein Erstaunen hervorrufen, das freilich durch den Hinweis etwas abgeschwächt werden mag, daß wir bei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ selber fürzlich in zwei Fällen einen debauerlichen Mangel nicht nur an Objektivität feststellen mußten. Ersichtlich bleibt die Behauptung des Regierungsorgans deshalb unklar, und wenn es weiterhin einen solchen Mangel bekunden sollte, würde man eventuell deutlicher werden müssen.“

### Deutsches Reich.

**Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Josef.** Wie der „Tag“ wissen will, wird der Deutsche Kaiser auf seiner Rückreise von Korfu dem Kaiser Franz Josef einen Besuch abstatten. Da jedoch über die Dauer des Aufenthalts im Achilleion noch keine endgültige Bestimmung getroffen ist, so scheitert sowohl der Zeitpunkt wie der Ort dieser kurzen Monarchenbegegnung noch nicht fest.

**Graf Montis.** Der „Reichsanzeiger“ meldet die auf seinen Antrag erfolgte Veretzung des bisherigen deutschen Botschafters in Rom Grafen von Montis in den Ruhe-